

# ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung \* Gesellschaftliche Trends \* Aktuelle Informationen

Nr. 4  
Juli 1990

## Zustand und Wandel der Lebensbedingungen in der DDR

Der erstmals veröffentlichte Sozialreport zieht Bilanz

Eine ZUMA  
Publikation

Im März dieses Jahres, pünktlich zu den ersten freien Wahlen in der DDR, legte das Institut für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften der DDR den »Sozialreport 1990« vor. Erstmals für die DDR wurde damit im Sinne der Sozialberichterstattung eine breite Öffentlichkeit über Zustand und Wandel der Lebensbedingungen, über das subjektive Wohlbefinden der Bürger, soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Probleme in der DDR auf der Basis von statistischen Daten umfassend informiert. Der Bericht ist kürzlich sowohl in der DDR als auch in der Bundesrepublik als Buchausgabe erschienen.<sup>1</sup>

### Inhalt

Zustand und Wandel der Lebensbedingungen in der DDR .....	1
Junge Frauen und Männer bleiben wieder länger im Elternhaus .....	5
Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland .....	8
Von »Ordnung und Disziplin« zu »persönlicher Selbständigkeit« .....	10
Italy Today 1988 .....	14
Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur .....	15
Indikatoren der Zeitverwendung .....	15
Interessante Neuerscheinungen .....	16

Versuche, über die Entwicklung der Lebensbedingungen in der DDR Bericht zu erstatten, hat es freilich auch schon vor den Umwälzungen des Jahres 1989 gegeben. Bereits in den Jahren 1985, 1987, 1988 und 1989 waren unter dem Titel »Soziale Ziele und Bedingungen der ökonomischen Strategie« Berichte zur sozialen Lage in der DDR zusammengestellt worden. Diese Materialien waren allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Bei einer auf 10 Exemplare limitierten Stückzahl hatte der Bericht den Status einer streng vertraulichen Verschlussache und war nur dem engsten Kreis der Staats- und Parteiführung zugänglich. Von Sozialberichterstattung im üblichen Sinn, der es ja in erster Linie auf die Information und Aufklärung der Öffentlichkeit ankommt, konnte unter diesen Umständen kaum die Rede sein.

### Sozialindikatorenforschung in der DDR seit dem Ende der siebziger Jahre

Die Sozialindikatorenforschung hatte in der DDR bereits gegen Ende der siebziger Jahre — allerdings mit deutlicher Verspätung im Vergleich zu anderen Ostblockländern, wie z.B. Ungarn, die Tschechoslowakei und auch die Sowjetunion — Interesse und Anhänger gefunden. Dabei hat vermutlich eine Rolle gespielt, daß mit der Proklamation der »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik« in den siebziger Jahren der Verbesserung des materiellen Lebensstandards und der Lebensbedingungen im allgemeinen eine höhere politische Priorität eingeräumt worden war. Nach der Gründung des Instituts für Soziologie und Sozialpolitik der Akademie der Wissenschaften im Jahr 1978 war es insbesondere eine Arbeitsgruppe um Horst Berger, den Leiter des dortigen Forschungsschwerpunkts »Methodologie und Methodik der soziologischen Forschung«, die sich in der DDR mit Sozialen Indikatoren und Fragen der Sozialberichterstattung beschäftigte. Auf der Basis einer Rezeption der westlichen Sozialindikato-

<sup>1</sup> Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR. Herausgegeben von Gunnar Winkler. Verlag Die Wirtschaft, Berlin-Ost 1990; sowie Verlag Bonn Aktuell, Stuttgart, München, Landsberg 1990.

renforschung, die man zwar ideologisch scharf kritisierte, aber in ihren Grundideen, Ansätzen und Methoden dennoch weitgehend übernahm, wurde die Notwendigkeit begründet, ein eigenes, dem Gesellschaftssystem der DDR entsprechendes »System sozialer Indikatoren der sozialistischen Lebensweise« zu entwickeln. Man versprach sich davon vor allem eine Verbesserung der Informationsbasis für die »Leitung und Planung der komplexen sozialökonomischen Entwicklung unserer Gesellschaft«. 1980 wird die Aufnahme der Sozialindikatorenforschung in den zentralen Forschungsplan für die Jahre 1981 - 1985 beschlossen. Es heißt dort: »Neue Erkenntnisse werden zur Einheitlichkeit und Differenziertheit der sozialistischen Lebensweise erwartet. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Entwicklung eines Systems sozialer Indikatoren für die Leitung und Planung sozialer Prozesse«.

Im Rahmen eines von Berger und Mitarbeitern durchgeführten Projekts wurde ein »System sozialer Indikatoren der sozialistischen Lebensweise« dann auch tatsächlich konzipiert und 1984 veröffentlicht. Das Indikatorensystem umfaßt 10 sogenannte Bedürfniskomplexe, darunter z.B. Arbeit, Ernährung, Wohnen, Gesundheit, und unterscheidet vier Elemente der »sozialistischen Lebensweise«: materielle Lebensbedingungen, Lebensaktivitäten, soziale Beziehungen und subjektive Reflexionen und Werte. Die rund 600 objektiven und subjektiven Indikatoren, die dieser Vorschlag enthält, sollen — darin westlichen Indikatorensystemen ganz ähnlich — den Realisierungsgrad gesellschaftlicher Ziele messen und anzeigen. Das von seiner Konstruktion her ambitionierte Indikatorensystem ist allerdings empirisch nie umgesetzt worden und existiert praktisch nur auf dem Papier.

Wesentlich pragmatischer angelegt sind die sogenannten »Kennziffernsammlungen«, die von der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik zusammengestellt wurden. Aus der Perspektive der Sozialberichterstattung von besonderem Interesse ist die Kennziffernsammlung Sozialstatistik, die für 13 Bereiche, darunter z.B. Bevölkerung, Bildung, Arbeitskräfte und Beschäftigung, Gesundheitszustand, Wohnbedingungen, Umweltschutz und Zeitbudget eine Vielzahl von

Informationen in Form von Zeitreihen enthält, die bis 1970 zurückreichen. Weitere Kennziffernsammlungen liegen für die Themenbereiche »Die Frau in der DDR« und »Jugend in der DDR« vor. Die Kennziffernsammlungen der staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR genügen bei weitem nicht den Anforderungen, die an ein System sozialer Indikatoren zu stellen sind, sie enthalten aber für einen längeren Zeitraum vergleichsweise differenzierte statistische Informationen über wesentliche Aspekte der Lebensbedingungen in der DDR. Der Öffentlichkeit und damit auch der Wissenschaft waren die Kennziffernsammlungen, die nicht publiziert wurden, nur begrenzt zugänglich.

#### **Kritische Lagebeurteilung schon in dem geheimen Bericht des Jahres 1988**

Ein Blick in den nicht öffentlichen, als geheime Verschlusssache behandelten Bericht »Soziale Ziele und Bedingungen der ökonomischen Strategie« des Jahres 1988 ist vor allem unter dem Gesichtspunkt von Interesse, wie die soziale Lage in der DDR der damaligen politischen Führung des SED-Staates dargestellt worden ist. Bemerkenswert erscheint vor allem, daß auf einen großen Teil der inzwischen bekannten, die Lebensverhältnisse in der DDR kennzeichnenden Mängel und Probleme relativ freimütig — wenn auch eingehüllt in ideologische Bekenntnisse und optimistische Zukunftsbeurteilungen — hingewiesen worden ist.

So wird z.B. im Zusammenhang mit der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen eine »gegen Jahresende 1986 und 1987 spürbar schlechter werdende Entwicklung des Einzelhandels« festgestellt. Die »Disproportionen zwischen Kauffonds und Warenfonds« hätten sich verschärft und schränkten die Wirksamkeit des Leistungsprinzips ein: »Warteschlangen, häufige ergebnislose Nachfragen nach vielen Konsumgütern haben zugenommen«. Das Angebot an frischem und unverarbeitetem Obst, Gemüse und Südfrüchten z.B. sei »an allen Orten zu allen Jahreszeiten« unzureichend und hinter den Stand von 1985 zurückgefallen. Insgesamt hätte das »immer wieder lückenhafte Sortiment des Handels eine auf Beschaffung ausgerichtete Lebensweise vieler DDR-Haushalte hervorgerufen«. Auch die medizinische Versor-

gung der Bevölkerung wird schon 1988 alles andere als rosig dargestellt, wenn auf »erhebliche defizitäre Entwicklungen bei der Bereitstellung von medizinischer Technik, Pflege- und Verbandsmaterialien, Medikamenten für den stationären und ambulanten Gebrauch« hingewiesen wird. Bei der stationären Behandlung könnten selbst einwandfreie hygienische Bedingungen vielfach nicht gewährleistet werden.

Zur Umweltsituation in der DDR konstatiert der Report des Jahres 1988, daß eine Besserung der schlechten Verhältnisse nicht eingetreten sei und stellt u.a. fest, daß »der in unzulässig belasteten Gebieten lebende Anteil der Bevölkerung bei Schwefeldioxid nahezu 40% und bei Staub über 25% beträgt«. Weiterhin wird gefordert, »mehrere Millionen Bürger vor den Risiken der Fremstoffbelastung des Trinkwassers zu schützen«. Ausgesprochen kritisch wurde auch 1988 schon die Wohnungsversorgung — insbesondere in ihren qualitativen Aspekten — und der Zustand der Wohngebäude in den Dörfern und Städten der DDR beurteilt. Es sei — so stellten die Wissenschaftler fest — in den kommenden Jahren verstärkt mit Ansprüchen nach geräumigeren Wohnungen, nach höherem Wohnkomfort und nach schöneren Wohnlagen zu rechnen. 25 bis 30 Prozent des fast zur Hälfte vor dem Zweiten Weltkrieg errichteten Wohnungsbestandes sei »mehr oder weniger verschlissen«, 56% der Wohnungen würden immer noch durch Ofenheizung mit Wärme versorgt. Neben der Verbesserung der Wohnungsqualität und Wohnungsausstattung wird vor allem gefordert, »dem fortschreitenden Verfall in vielen Städten und innerstädtischen Wohngebieten entgegenzutreten und historisch wertvolle Bausubstanz zu erhalten. »Untersuchungen lassen erkennen« — so der damalige vertrauliche Bericht — »daß nach 1990 ein überdimensionaler Abbruch derartiger Bausubstanz konzipiert ist, um eine hohe Arbeitsproduktivität im Bauwesen zu erreichen. Daraus müssen Probleme der kulturellen Identität und Einmaligkeit in der jeweiligen Stadt entstehen. Auch bei uns ist das Bewußtsein für historische kulturelle Traditionen gestiegen und zu berücksichtigen. Dies und das Bedürfnis nach Wohnen in vertrauter Umgebung ist wesentliche Vorbedingung für Wohlfühlen und Leistungsbereitschaft«.

Bei aller Kritik in der Sache und einer im großen und ganzen realistischen Beurteilung der Verhältnisse in der DDR dokumentiert diese Form der Berichterstattung doch auch das spezifische Verhältnis von Wissenschaft und Politik in dem von der SED beherrschten Staat. Ob mit diesem Ansatz der Politikberatung alle Möglichkeiten einer kritischen Einflußnahme ausgeschöpft wurden, läßt sich aus heutiger Perspektive nur schwer beurteilen. Die damalige Partei- und Staatsführung hat sich aufgrund der ihr vorgelegten Berichte zur sozialen Lage in der DDR offenbar jedenfalls nicht veranlaßt gesehen, Kurskorrekturen vorzunehmen; eine »Fehlerdiskussion« wurde bis zuletzt nicht zugelassen.

**Der Sozialreport 1990:  
Informationen für die Bürger**

Der Sozialreport 1990 ist im Gegensatz zu den früheren Berichten erstmals explizit an ein breites Publikum adressiert und primär an dem Ziel orientiert, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren und aufzuklären. Der rund 350 Seiten umfassende Report ist eine Gemeinschaftsproduktion von etwa 30 Mitarbeitern des Ostberliner Instituts für Soziolo-

gie und Sozialpolitik. Orientiert an westlichen Vorbildern, wie z.B. dem bundesdeutschen Datenreport, aber zugleich an die früheren Ansätze anknüpfend werden in insgesamt 13 Kapiteln empirische Informationen zur sozialen Lage der Bevölkerung in der DDR zusammengestellt und kommentiert.

Die Darstellung der Lebensverhältnisse beruht überwiegend auf veröffentlichten und unveröffentlichten Daten der amtlichen Statistik. Darüber hinaus wird jedoch auch auf das Datenmaterial von Fachinstituten, z.B. des zentralen Forschungsinstituts für Arbeit, sowie auf die Ergebnisse vorliegender sozialwissenschaftlicher Studien zurückgegriffen. Zudem hat das Institut für Soziologie und Sozialpolitik im Januar 1990 eine repräsentative Umfrage über die objektiven Lebensbedingungen und das subjektive Wohlbefinden bei rund 1400 Bürgern der DDR durchgeführt, deren Ergebnisse bereits in den Report eingegangen sind.

**Erwerbsbeteiligung bei Frauen höher als bei Männern**

Greift man aus der Fülle der dargestellten Entwicklungen und Situationsbeschreibungen einige Beispiele heraus, so ist zunächst festzustellen, daß die zu beobachtenden demographischen Trends den hiesigen sehr ähnlich sind: eine sinkende Geburtenrate, die Verkleinerung der Haushalte, eine zunehmende Alterung der Gesellschaft bei einem im Vergleich zur Bundesrepublik gegenwärtig allerdings noch günstigeren Altersaufbau, eine steigende Scheidungsquote auf bereits hohem Niveau und in den achtziger Jahren auch ein Anstieg des durchschnittlichen Heiratsalters. DDR-spezifisch ist z.B. der extrem niedrige Ausländeranteil von lediglich 1% der Wohnbevölkerung und die seit ihrem Bestehen »negative Wanderungsbilanz«. Charakteristisch für die DDR, die ja nicht nur ein Recht auf, sondern auch eine Pflicht zur Arbeit kannte, ist zudem die auch im internationalen Vergleich hohe Erwerbsbeteiligung: 1988 betrug der Anteil der Erwerbstätigen an der arbeitsfähigen Bevölkerung 82% bei den Männern und sogar 83% bei den Frauen. Die Frauenerwerbsquote der DDR gehört zu den höchsten der Welt. Fast dreiviertel aller erwerbstätigen Frauen sind vollzeitbe-

schäftigt. Entgegen dem internationalen Trend einer zunehmenden Teilzeitbeschäftigung hat der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen in der DDR seit Beginn der siebziger Jahre um rund 8 Prozentpunkte auf jetzt noch 27% abgenommen. Obwohl empirische Daten über Arbeitszeitpräferenzen bisher nicht vorliegen, gibt es doch Anhaltspunkte dafür, daß der Bedarf an Teilzeitarbeitsplätzen das bisherige Angebot deutlich übersteigt.

An der Arbeitsteilung in den privaten Haushalten hat das hohe Niveau der Frauenerwerbstätigkeit offenbar wenig geändert. Auch in der DDR bleibt die Hausarbeit überwiegend den Frauen vorbehalten. Aus einer Zeitbudgeterhebung von 1985 geht hervor, daß die vollzeiterwerbstätigen Frauen im Durchschnitt täglich noch fast 4 Stunden in ihrem Haushalt beschäftigt sind. Darin schlägt sich auch der durch die chronischen Versorgungsmängel und Infrastrukturdefizite bedingte hohe Zeitaufwand nieder, der für die Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs aufzuwenden war. Die Erwerbstätigen in der DDR arbeiten nicht nur länger als in der Bundesrepublik, sondern die Arbeitszeiten sind zumeist auch wenig flexibel geregelt. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug 1986 für fast zwei Drittel der Berufstätigen nominal noch 43,75 Stunden; der Urlaub 1988 im Durchschnitt 21 Tage. Berücksichtigt man Fehl- und Ausfallzeiten lag die tatsächliche Arbeitszeit in den Betrieben z.T. aber deutlich unter der gesetzlichen Norm.

Interessante Informationen bietet der Sozialbericht auch zu der Frage der leistungsgerechten Bezahlung und Lohn-differenzierung, einem Thema, das in der DDR seit langem — auch öffentlich — diskutiert wurde. Beklagt wird einerseits die — gemessen an Leistungs- und Qualifikationsunterschieden — zu geringe Einkommensdifferenzierung. So hat sich beispielsweise bei einer früher schon problematischen Relation der »Nettolohnabstand der Hoch- und Fachschulkader zu den Produktionsarbeitern von 122% im Jahre 1984 auf 115% im Jahre 1988 verringert«. Andererseits waren auch in der DDR Lohn-differenzen — der Begriff der Ungleichheit kommt im Sprachgebrauch der DDR-Sozialwissenschaftler bisher kaum vor — festzustel-

**Übersicht 1: Themenbereiche im Sozialreport der DDR**

1. Bevölkerung
2. Bildung
3. Arbeit
4. Einkommen und Verbrauch
5. Wohnen
6. Umwelt
7. Gesundheit
8. Sozialversicherung
9. Freizeit und Kultur
10. Familie
11. Gesellschaftliche Beteiligung
12. Rechtspflege
13. Lebensbedingungen ausgewählter sozialer Gruppen

len, die nicht auf Leistungsunterschieden beruhen. So erhalten z.B. weibliche Produktionsarbeiter druchgängig niedrigere Löhne als männliche. Die Differenzen sind allerdings geringer als in der Bundesrepublik. Neben dem Gefühl einer nicht leistungsgerechten Entlohnung sehen die Autoren des Sozialreports in den sinkenden Möglichkeiten der Realisierung von Einkommen, d.h. vor allem einem unzureichenden Angebot an qualitativ hochwertigen Konsumgütern, eine der Ursachen für die sich Ende der achtziger Jahre spürbar verschlechternde Stimmung in der DDR.

**Geringere Lebenserwartung und höhere Selbstmordrate als in der Bundesrepublik**

Spezifische Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung ergeben sich aus den z.T. extremen Umweltbelastungen, aber auch einer vergleichsweise ungesunden, zu energiereichen Ernährung. Als problematisch bezeichnet der Sozialreport insbesondere den hohen, die entsprechenden Richtwerte weit übersteigenden Konsum von tierischem Eiweiß und Fett, aber auch »die Spitzenposition im Weltmaßstab beim Verbrauch von Bier und Spirituosen«. Vorliegenden Untersuchungen zufolge sind 30 - 35% der Männer und 35 - 45% der Frauen übergewichtig, und Alkoholkrankheiten haben vor allem auch bei Personen im jüngeren Erwachsenenalter stetig zugenommen. Die Lebenserwartung als ein globaler Indikator des Gesundheitszustandes der Bevölkerung betrug 1987 in der DDR 69,8 Jahre für Männer und 75,9 Jahre für Frauen; sie lag damit um 2 bzw. 2,5 Jahre unter den entsprechenden Werten für die Bundesrepublik. Der Anstieg der Lebenserwartung ist in der DDR fast ausschließlich auf den Rückgang der Säuglingssterblichkeit zurückzuführen. Bis zum Beginn der achtziger Jahre war die Lebenserwartung für Männer in den Altersgruppen über 45 Jahre sogar rückläufig. Die Lebenserwartung eines 50jährigen Mannes z.B. ist auch gegenwärtig (1987: 23,67 Jahre; Bundesrepublik 25,15 Jahre) kaum höher als zu Beginn der fünfziger Jahre (1952: 23,43 Jahre; Bundesrepublik 23,75). Nachdem Informationen über die Häufigkeit von Selbstmorden bisher nicht veröffentlicht wurden, zeigen die jetzt im Rahmen des Sozialreports vorgelegten Daten, daß die

DDR eine im internationalen Vergleich weit über dem Durchschnitt liegende Suizidrate aufweist. Mit 30,1 Selbstmorden pro 100000 Einwohnern im Jahre 1987 ist die Selbstmordhäufigkeit in der DDR auch deutlich höher als in der Bundesrepublik mit einem Wert von 19,0.

Die Ungleichheit der Lebensbedingungen hat sich in der DDR in besonderem Maße als ein Problem der »territorialen Differenziertheit« — so werden regionale Disparitäten im dortigen Sprachgebrauch bezeichnet — dargestellt. Das Ausmaß, in dem sich die Wohnungssituation, Umweltbelastungen, die medizinische Versorgung, die Infrastrukturausstattung und das Warenangebot regional unterscheiden, führt der Sozialreport drastisch vor Augen. Informationen über Aspekte der vertikalen Ungleichheit, Differenzen des Lebensniveaus zwischen verschiedenen sozialen Gruppen in der DDR, werden dagegen nur in geringem Umfang geliefert.

**Löhne, Preise und die Umwelt haben für die Bürger die höchste Priorität**

Neben einer Vielzahl von Daten über die objektiven Lebensbedingungen enthält der Sozialreport auch Informationen darüber, wie die Verhältnisse von den Bürgern der DDR subjektiv wahrgenommen und beurteilt werden. In einer im Januar 1990 durchgeführten Repräsentativbefragung wurde u.a. ermittelt, für wie wichtig die Bürger verschiedene Lebensbereiche und Aspekte der Lebensbedingungen halten, wie zufrieden sie damit sind und wo sie Verbesserungen erwarten. Es zeigte sich, daß die in der Wichtigkeit am höchsten eingestuften Bereiche Löhne/Preise und Umwelt zugleich diejenigen sind, mit denen die Menschen am wenigsten zufrieden sind (Tabelle 1). Zusammen mit der Demokratie und dem Rechtssystem sind dies zudem die Gebiete auf denen vor allem Verbesserungen erwartet werden. Dagegen ist die Soziale Sicherheit ein Aspekt,

**Tabelle 1: Bewertung von Lebensbereichen \***

Lebensbereich	sehr wichtig ist für mich		ich bin sehr zufrieden bzw. zufrieden mit ...		ich erwarte Verbesserungen bei ...	
	%	Rang	%	Rang	%	Rang
Löhne/Preise	85	1	2	12	56	4
Umwelt	84	2	3	11	66	2
Rechtssystem	79	3	19	9	56	3
Soziale Sicherheit	77	4	58	4	36	9
Arbeit	70	5	59	3	33	10
Partnerschaft	67	6	82	1	29	12
Gesundheit	62	7	26	8	55	5
Demokratie	59	8	8	10	67	1
Kinder	54	9	57	5	31	11
Wohnung	49	10	60	2	40	7
Freizeit	45	11	39	7	52	6
Bildung	44	12	45	6	37	8

\* Befragung im Januar 1990

Quelle: Sozialreport 1990

der auf der Wichtigkeitsskala ebenfalls weit vorne rangiert, mit dem die Bürger aber vergleichsweise zufrieden sind und wo diejenigen, die Verbesserungen erwarten, sich in der Minderheit befinden. Informationen dieser Art sind nicht nur von akademischem Interesse, sie bieten gerade auch für eine Politik, die bei der Gestaltung der deutschen Einheit auf die Hoffnungen, Erwartungen und Befürchtungen der Bürger Rücksicht nehmen will, wichtige Anhaltspunkte.

Der vorliegende Sozialreport vermittelt insgesamt das Bild einer Gesellschaft, in der sich im Detail über die Jahre manches verbessert hat, die aber dennoch zu keinem Zeitpunkt die eigenen Ansprüche und die Erwartungen ihrer Bürger jemals erfüllen konnte. Weil die Ansprüche — genährt durch den Vergleich mit der Bundesrepublik — schneller wuchsen als die Verhältnisse sich bessern konnten, mußte die Unzufriedenheit zwangsläufig zunehmen. Mit der Veröffentlichung des Sozialreport wurde auf den gesellschaftlichen Umbruch in der DDR schnell reagiert. Bei allen noch vorhandenen Mängeln des Reports trägt er wesentlich dazu bei, die enormen Defizite an Informationen über die Lebensbedingungen und die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR abzubauen. Die Prognose für eine DDR-spezifische Sozialberichterstattung ist dennoch ungünstig; der für 1991 geplante Sozialreport wird voraussichtlich zugleich der letzte sein.

*Heinz-Herbert Noll  
(Tel. 0621/18004-14)*

## Junge Frauen und Männer bleiben wieder länger im Elternhaus

### Ergebnisse einer kohortenspezifischen Verlaufsdatenanalyse

**In den letzten Jahren haben sich im Bereich der Familienformen und Haushaltstypen wichtige Veränderungen ergeben. Deutlich zugenommen hat die Zahl der Einpersonenhaushalte. Gestiegen ist auch die Bedeutung unkonventioneller Lebensformen, wie Wohngemeinschaften und das Zusammenleben unverheirateter Paare. Sexualität und Partnerschaft außerhalb von Ehe und Familie werden zunehmend toleriert. Zwischen dem Jugendalter und dem Erwachsensein hat sich eine eigenständige Übergangsphase der »Post-Adoleszenz« herausgebildet. Sie reicht von der juristischen Volljährigkeit bis zur beruflichen und familiären Etablierung. Im Zuge der Ausbreitung »postadoleszenter Lebensformen« dürfte auch die Bereitschaft der Eltern zugenommen haben, ihre Kinder außerhalb des eigenen Haushalts materiell zu unterstützen und ihnen eine eigenständige Lebensform zu ermöglichen. In Verbindung mit der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters ist es jungen Frauen und Männern heute früher möglich, sich zu entscheiden, wann sie den elterlichen Haushalt verlassen wollen.**

Veränderungen des durchschnittlichen Alters junger Menschen beim Auszug aus dem Elternhaus sind ein Indikator für sozialen Wandel im Bereich von Familien und privaten Haushalten. Hier soll nun der Auszug aus dem elterlichen Haushalt für die Geburtsjahrgänge von 1922 bis 1966 im Zeitverlauf untersucht werden. Dazu wurden die Daten des ALLBUS 1988 verwendet, in dem retrospektiv nach dem Zeitpunkt des Auszugs aus dem Elternhaus und der Eheschließung gefragt wurde. Eine wesentliche Voraussetzung für die Etablierung unkonventioneller Lebensformen in der Phase der Post-Adoleszenz ist nicht nur der erfolgte Auszug aus dem Elternhaus sondern auch die herausgeschobene Eheschließung. Solche Lebensformen können sich nur dann in größerem Umfang herausbilden, wenn die Zeitspanne zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Eheschließung genügend lang ist. Deshalb werden hier in einem zweiten Schritt auch die Entwicklung des Heiratsalters und die Zeitspanne zwischen Auszug und Eheschließung analysiert.

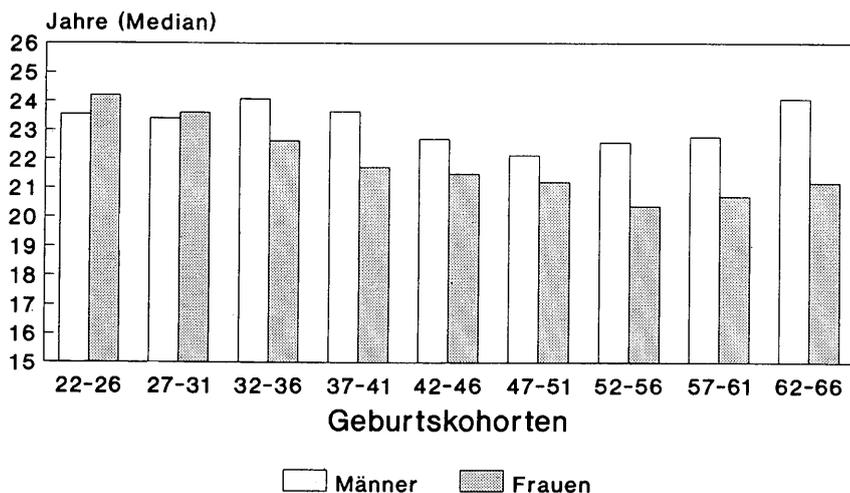
#### Zunächst Trend zum früheren Auszug aus dem Elternhaushalt

Signifikante Ereignisse im Lebenszyklus, wie Übergänge innerhalb des Bildungssystems, der Eintritt in das Erwerbsleben

oder die Eheschließung sind zumeist Gründe für den Auszug aus dem Elternhaushalt. Hinsichtlich des Auszugsalters bestehen deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Bei den jungen Frauen läßt sich im Verlauf dieses Jahrhunderts zunächst ein Trend zu einem immer früheren Auszug aus dem elterlichen Haushalt erkennen. Diese Entwicklung wird in Graphik 1 für die Zeit seit Gründung der Bundesrepublik detailliert dargestellt. Der Auszug aus dem Elternhaushalt fällt etwa ab dem Geburtsjahrgang 1932 in die Zeit der Bundesrepublik. Für die Geburtskohorte 1932/36 lag der Median des Auszugsalters bei knapp 23 Jahren. Bis zur Kohorte 1952/56 verlassen die jungen Frauen im Zeitverlauf immer früher die elterliche Wohnung. Erst ab der Geburtskohorte 1957/61 nimmt das durchschnittliche Auszugsalter wieder leicht zu. Es liegt für die jüngste Kohorte bei knapp über 21 Jahren.

In der Gegenüberstellung einer älteren und einer jüngeren Geburtskohorte wird der unterschiedliche Verlauf des Auszugsprozesses aus dem elterlichen Haushalt deutlich. Bei der Geburtskohorte 1957/61 setzt der Auszugsprozeß bereits nach dem 17. Lebensjahr in großem Umfang ein. Dagegen beginnt er bei der Geburtskohorte 1932/36 später und verläuft gleichmäßiger bis zum 25. Lebensjahr. Danach werden im weiteren Ver-

### Graphik 1 Alter beim ersten Auszug aus der elterlichen Wohnung



Datenbasis: ALLBUS 1988

lauf des Auszugsprozesses die Unterschiede zwischen den beiden Kohorten immer geringer. Im Alter von dreißig Jahren sind jeweils mehr als neunzig Prozent der jungen Frauen aus der elterlichen Wohnung ausgezogen.

#### Junge Männer bleiben länger im Elternhaus

Anders als bei den Frauen steigt bei den jungen Männern das durchschnittliche Auszugsalter zunächst an. Für die Geburtskohorte 1932/36 beträgt es etwa 24 Jahre, fällt dann aber bis zur Geburtskohorte 1947/51 auf knapp über 22 Jahre. Ab der Geburtskohorte 1952/56 ziehen junge Männer dann wieder später aus dem Elternhaus aus, und für die jüngste Kohorte ist das Auszugsalter inzwischen bereits auf über 24 Jahre gestiegen. Bei den jungen Männern hat die Tendenz, den elterlichen Haushalt wieder später zu verlassen, also bereits einige Jahre früher eingesetzt als bei den Frauen, und der Anstieg des Auszugsalters der jüngsten Kohorte ist bei den Männern noch deutlicher ausgeprägt als bei den Frauen.

Bei den Geburtsjahrgängen der 20er Jahre verließen die Männer den elterlichen

Haushalt im Durchschnitt noch fast ein Jahr früher als die Frauen. Ab der Geburtskohorte 1932/36 hat sich dieses Verhältnis umgekehrt. Seitdem ziehen

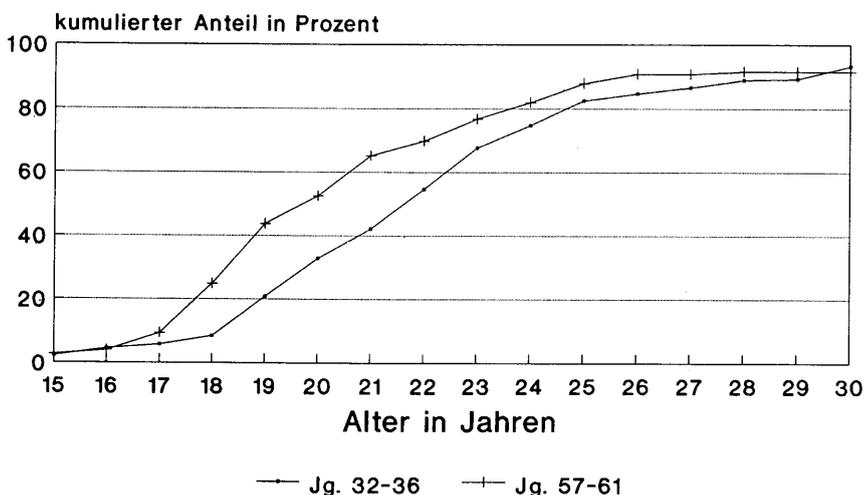
die jungen Frauen ein bis zwei Jahre früher aus der Wohnung der Eltern aus. Bei der jüngsten Kohorte hat sich der Abstand beim Auszugsalter zwischen Männern und Frauen auf fast drei Jahre erhöht.

#### Immer weniger junge Frauen heiraten beim Auszug aus dem Elternhaus

Bereits vor der Herabsetzung des Volljährigkeitsalters auf achtzehn Jahre verließ ein bedeutender Anteil der jungen Frauen den Haushalt der Eltern vor Vollendung des 21. Lebensjahres. Lange Zeit stand der Auszug unmittelbar mit der Eheschließung im Zusammenhang. Erst den jüngeren Geburtsjahrgängen nach 1950 bot sich zunehmend die Möglichkeit, auch unverheiratet einen eigenen Haushalt zu führen, entweder allein, mit einem Partner zusammenlebend oder in einer Wohngemeinschaft.

Die Entwicklung des mittleren Heiratsalters zeigt in der Abfolge der einzelnen Geburtskohorten ein ausgeprägt u-förmiges Muster. Von 24 Jahren bei den Geburtsjahrgängen der 30er Jahre fällt es zunächst auf etwas über 22 Jahre bei den Geburtsjahrgängen der 40er Jahre. Bis zu den Geburtsjahrgängen Ende der 50er

### Graphik 2 Verlauf des Auszugs bei zwei weiblichen Geburtskohorten



Datenbasis: ALLBUS 1988

Jahre ist dann ein erneuter Anstieg auf ungefähr 24 Jahre zu verzeichnen. Das mittlere Heiratsalter ist also zunächst ebenso wie das durchschnittliche Auszugsalter gesunken; es steigt dann aber früher und vor allem stärker wieder an.

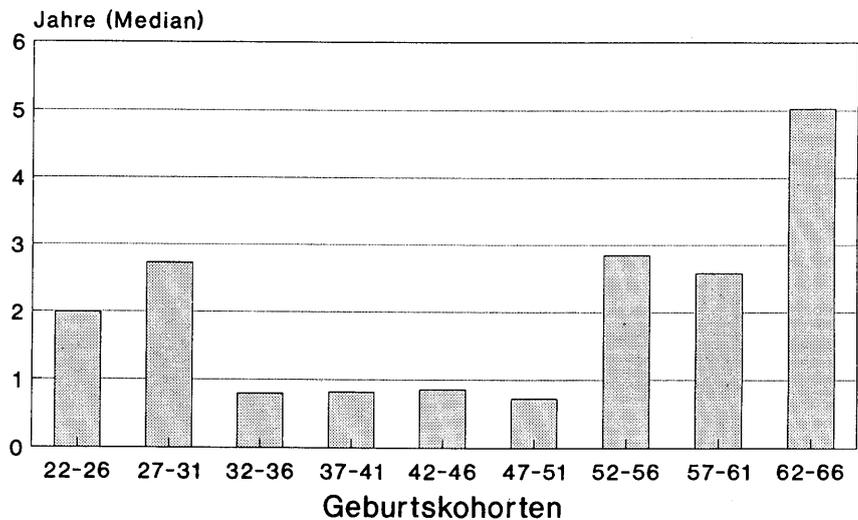
Der gegenwärtige Anstieg des Heiratsalters wurde auch mit der These vom Bedeutungsverlust der Familie in Verbindung gebracht. Nach neueren Erkenntnissen besteht hier allerdings kein Zusammenhang. Zwar wird die Ehe von einem wachsenden Teil der Bevölkerung nicht mehr als lebenslange Verbindung angesehen, worauf beispielsweise das veränderte Scheidungsverhalten hinweist, aber der Familie messen die Bundesbürger nach wie vor eine außerordentliche Bedeutung bei. Nur eine Minderheit erachtet die Familie als weniger wichtig oder gar unwichtig, wie Umfrageergebnisse belegen. Plausibler ist deshalb die These, daß der Anstieg des Heiratsalters neben der stärkeren Erwerbsbeteiligung von Frauen auch mit höheren emotionalen und kognitiven Ansprüchen an Ehe und Familie zusammenhängt.

#### Zunehmende Zeitspanne zwischen Auszug aus dem Elternhaushalt und Heirat

Durch viele empirische Untersuchungen läßt sich belegen, daß in der Abfolge der Geburtsjahrgänge die Anteile derjenigen, die allein, als unverheiratete Paare zusammen oder in Wohngemeinschaften leben, zugenommen haben. Diese Entwicklung müßte sich auch in einem zunehmenden Abstand zwischen Auszugsalter und Heiratsalter zeigen, was im folgenden am Beispiel weiblicher Geburtskohorten untersucht werden soll. Dabei wird der zeitliche Abstand zwischen dem ersten Auszug aus dem Elternhaushalt und der Eheschließung analysiert, ohne dabei eine mögliche Rückkehr in die elterliche Wohnung zu berücksichtigen.

Bei den Geburtskohorten, deren Jugend in die Zeit des Zweiten Weltkriegs fiel, ist die durchschnittliche Zeitspanne von mehr als zwei Jahren zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Eheschließung relativ groß. Dabei muß jedoch berücksichtigt werden, daß viele Menschen durch die Wirren des Krieges und der Nachkriegszeit gezwungen waren, ihr Elternhaus vorzeitig zu verlassen und die Möglichkeiten der Eheschließung

### Graphik 3 Zeitspanne zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Heirat bei Frauen



Datenbasis: ALLBUS 1988

eingeschränkt waren. Die relativ große Zeitspanne zwischen dem Auszug aus der elterlichen Wohnung und der Eheschließung ist deshalb für diese Geburtsjahrgänge eher auf die extremen gesellschaftlichen Umstände als auf eine individuelle Entscheidung zurückzuführen.

Dagegen liegt bei den Geburtskohorten, die den Auszug aus dem Elternhaus unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik vollzogen haben, zwischen Auszug und Eheschließung nur eine Zeitspanne von weniger als einem Jahr. Ab der Geburtskohorte 1952/54 ist dann ein deutlicher Anstieg auf fast drei Jahre zu verzeichnen. Bei der jüngsten Kohorte beträgt die durchschnittliche Zeitspanne zwischen Auszug und Eheschließung sogar schon fünf Jahre. Es gab also zunächst eine enge Synchronisation zwischen Auszug und Eheschließung, die sich dann in zunehmendem Maße aufgelöst hat.

Die jungen Frauen in der Bundesrepublik Deutschland haben zunächst immer früher den Elternhaushalt verlassen, aber

auch immer früher geheiratet, so daß sich der zeitliche Abstand zwischen den beiden Ereignissen kaum verändert hat. Erst die Geburtsjahrgänge der 50er Jahre haben wieder später geheiratet, aber den elterlichen Haushalt eher noch früher verlassen als die älteren Kohorten. Dadurch hat sich die Zeitspanne zwischen Auszug und Eheschließung im Durchschnitt erheblich verlängert. Für die jüngsten Kohorten ist diese Phase zu einem charakteristischen Merkmal ihres Lebenslaufs geworden.

Wenn man die Zeitspanne zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Eheschließung nach Schulbildung differenziert betrachtet, dann beträgt bei den Geburtsjahrgängen der 30er Jahre die mittlere Zeitspanne zwischen beiden Ereignissen bei den befragten Frauen mit Abitur mehr als sechs Jahre, bei den Frauen mit Volksschulbildung dagegen weniger als ein Jahr. Für die Geburtsjahrgänge der 40er Jahre wird dann die Zeitspanne zwischen Auszug und Eheschließung bei allen Bildungsabschlüssen geringer. Bei den Geburtsjahrgängen der

50er Jahre ist dann wieder eine deutliche Zunahme zu verzeichnen, allerdings nur für die Befragten mit Abitur und Realschulabschluß. Von diesem Trend werden bei den Geburtsjahrgängen der 60er Jahre schließlich auch die Frauen mit Hauptschulabschluß erfaßt. Eine mehrjährige Zeitspanne zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Heirat, wie sie zunächst nur für Frauen mit Hochschulreife typisch war, ist bei den jüngsten Kohorten nun für alle Bildungsabschlüsse festzustellen. Gleichwohl bestehen immer noch Unterschiede zwischen den einzelnen Bildungsabschlüssen.

Nachdem junge Männer und Frauen zunächst immer früher aus der elterlichen Wohnung ausgezogen sind, hat sich dieser Trend bei den Geburtsjahrgängen der 50er Jahre umgekehrt, bei Männern einige Jahre früher als bei Frauen. Deutlich verlängert hat sich seit den Geburtsjahrgängen der 50er Jahre auch die Zeitspanne zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und der Eheschließung. Das war eine der Voraussetzungen für die Herausbildung neuer Haushaltstypen neben Ehe und Familie und für die Pluralisierung der familialen Lebensformen.

*Stefan Weick  
(Tel. 0621/18004-13)*

### **Ziele der Gesundheitsberichterstattung**

Mit der Schaffung eines Systems der Gesundheitsberichterstattung wird die Absicht verfolgt, Informationen über Struktur, Funktion und Ergebnis des Gesundheitswesens kontinuierlich zu vermitteln. Adressaten der Berichterstattung sollen Entscheidungsträger im Gesundheitswesen sein, ebenso Einrichtungen, die Entscheidungen vorbereiten und die allgemeine Öffentlichkeit. Die Gesundheitsberichterstattung ist im Zusammenhang mit den Bemühungen zu sehen, dem Gesundheitswesen eine stärkere Zielorientierung zu geben. Nur wenn Ziele auch überprüft werden können, ist ihre Formulierung sinnvoll. Bereits die Formulierung von Zielen verlangt jedoch mehr Informationen, insbesondere über den Gesundheitszustand der Bevölkerung, als gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland verfügbar sind.

Die Entscheidungsorientierung der Gesundheitsberichterstattung führt zu einem Dilemma: Einerseits muß sie sich am bestehenden Gesundheitswesen orientieren, damit sie die systemspezifischen Handlungsmöglichkeiten beschreiben kann, andererseits soll sie den zeitlichen und internationalen Vergleich ihrer Basisparameter ermöglichen und somit systemübergreifende Aussagen unterstützen.

Die Forschungsgruppe Gesundheitsberichterstattung hat deswegen ein sehr breites Spektrum von Indikatoren vorgeschlagen. Es umfaßt die Themen »Soziodemographie«, »Gesundheitszustand der Bevölkerung«, »Ressourcen des Gesundheitswesens«, »Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitswesens« und »Kosten und Finanzierung des Gesundheitswesens«. Zu diesen Themen liegen in der Bundesrepublik Deutschland bereits umfangreiche Datenquellen vor; sie sind zur Zeit jedoch noch nicht so aufeinander abgestimmt, daß sie ohne Probleme in ein Gesundheitsinformationssystem eingebracht werden können.

### **Basisberichterstattung und Spezialberichterstattung**

Nicht alle möglichen Teilthemen sind für eine kontinuierliche Berichterstattung in periodischen Abständen von gleichem Interesse. Teilthemen, die nur für einen

## **Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung in der Bundesrepublik Deutschland**

In der Bundesrepublik Deutschland werden Daten des Gesundheitswesens von verschiedenen Einrichtungen in gewachsenen Zuständigkeiten mit hoher Arbeitsteilung gesammelt. Der Segmentierung der Zuständigkeiten folgt die Segmentierung der Information, wobei Einzelaspekte oft mit sehr hohem Aufwand beschrieben werden. Eine übergreifende Standortbeschreibung wesentlicher Teile des Gesundheitssystems ist jedoch nur sehr bedingt möglich. Seit einigen Jahren wenden sich deshalb Bund, Länder und Gemeinden verstärkt Fragen der Gesundheitsberichterstattung zu. Auf kommunaler Ebene sind z.B. Initiativen der Städte Essen und Köln zu nennen, auf Länderebene Aktivitäten von Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin und Hamburg.

Ausgangspunkt dieser Bemühungen ist der Versuch, die in Inhalt und Form nicht mehr zeitgemäße Berichterstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes neu zu gestalten. Auf Bundesebene wurde die Forschungsgruppe Gesundheitsberichterstattung, die inzwischen ihren Endbericht<sup>1</sup> vorgelegt hat, mit der Erarbeitung eines Konzeptvorschlags beauftragt.

<sup>1</sup> Brecht, J.G.; Pfaff, M.; Schach, E.; Schäfer, T.; Schwartz, F.W.; Schwefel, D. (Hg.): Aufbau einer Gesundheitsberichterstattung. Bestandsaufnahme und Konzeptvorschlag. Sankt Augustin; Asgard-Verlag, 1990

begrenzten Nutzerkreis relevant sind oder sich eher statisch verhalten, sollten Spezialberichten vorbehalten bleiben, die in größeren Intervallen oder ad hoc herausgegeben werden.

Die Basisberichterstattung bezieht sich auf Teilthemen oder Zusammenhänge, die von allgemeinem Interesse und zugleich für die Volksgesundheit oder die Volkswirtschaft so bedeutsam sind, daß regelmäßig über sie berichtet werden sollte. Für die Basisberichterstattung soll ein Netz aus möglichst wenigen aber qualitativ hochwertigen Daten und Indikatoren geschaffen werden, die auf lange Sicht zur Beschreibung dieser Teilthemen erforderlich sind. Es wird sich dabei um eine Berichterstattung auf hohem Aggregationsniveau handeln, die auf longitudinale und großräumige regionale Vergleiche abzielt, auch wenn die Ausgangsdaten sehr differenziert vorliegen müssen.

Für eine Spezialberichterstattung werden zeitliche Vergleichsmöglichkeiten von geringerem Interesse sein. Zu berücksichtigen ist jedoch, daß eine Aufgabe von Spezialberichten darin bestehen kann, ein Themenfeld so aufzuarbeiten, daß es einer Basisberichterstattung zugänglich wird.

Basis- und Spezialberichterstattung unterscheiden sich also dadurch, daß die Basisberichterstattung eine kontinuierliche, daten- und indikatoreorientierte Darstellung mit hoher Informationsbreite bietet, während die Spezialberichterstattung eine themenorientierte Darstellung mit hoher Informationstiefe sein soll, die Daten und Indikatoren ad hoc verwendet. Für die Präsentation einer Spezialberichterstattung scheidet ein anderes Medium als ein traditioneller Bericht in Papierform wohl aus. Die Schaffung eigener, auf Kontinuität angelegter Datenquellen dürfte für einen Spezialbericht nur ausnahmsweise vorkommen.

Für die Basisberichterstattung kennzeichnend ist dagegen ein Verfahren, das von den Datenquellen ausgehend bis hin zur Interpretation von hochverdichteten Informationen einen geplanten Prozeß der Datenkonzentration darstellt. Dabei sind die Ziele der Interpretation nutzerabhängig. Für die Basisberichterstattung sollte daher neben einem gedruckten Bericht, der Tabellen, graphische Darstel-

lungen und interpretierenden Text enthält, ein DV-gestütztes Tabellenwerk in möglichst gängiger Formatierung geschaffen werden. Der Aggregationsgrad dieses Tabellenwerks bestimmt sich durch die Ansprüche des Nutzers an Handlichkeit, Kosten und Informations-tiefe. Für bestimmte Fragestellungen, etwa epidemiologischer Art, werden Public-use-files von anonymisierten Einzeldaten vorgeschlagen, wie sie das National Center for Health Statistics und neuerdings auch das Bundesgesundheitsamt anbieten. Bereits die Verfügbarkeit von stark disaggregierten Tabellen mit gleichartig definierten Klassifikationsmerkmalen würde eine flexible Analyse mit gängigen Datenbank- oder Tabellenkalkulationsprogrammen ermöglichen. Für solche Präsentationsmedien kämen insbesondere Nutzer in entscheidungsvorbereitenden Einrichtungen in Frage.

#### **Indikatoren und Datenquellen**

Die von der Forschungsgruppe Gesundheitsberichterstattung vorgeschlagenen Indikatoren können hier nicht im einzelnen aufgeführt werden. Sie sind dem Endbericht zu entnehmen und dort nach den fünf wesentlichen Themenbereichen gegliedert dargestellt. Aus wissenschaftlicher Sicht stellt sich die Hauptfrage der Gesundheitsberichterstattung in der Entwicklung und Vorhaltung eines validen Instruments für den oben beschriebenen Verwendungszweck. Daneben besteht ein eigenständiges wissenschaftliches Ziel in der Entwicklung und Ausführung von Indikatorenkonzepten, insbesondere zur Bewertung des Gesundheitszustands der Bevölkerung.

Für die Indikatoren der Gesundheitsberichterstattung gelten zunächst die üblichen Anforderungen: Sie müssen relevant, valide, reliabel und transparent in ihrem Zustandekommen sein. Dabei ist das Wirtschaftlichkeitsgebot zu beachten, d.h. die Indikatoren sollen auf möglichst kostengünstige Weise ermittelt werden. Die Forderung nach Relevanz und Wirtschaftlichkeit wird dazu führen, daß Prozeßdaten für die Gesundheitsberichterstattung eine besondere Bedeutung zukommt. Darüber hinaus ergeben sich aus ihrem Verwendungszusammenhang, insbesondere der Basisberichterstattung, die Forderungen nach Kontinuität, Aktualität und Verknüpfbarkeit.

Die Verknüpfbarkeit von Indikatoren ist verbunden mit dem Aggregationsgrad der Informationen, die für den Nutzer zur Verfügung stehen.

Dabei sind Informationen um so leichter verknüpfbar, je besser sie nach den sogenannten sieben P-Klassifikationen differenziert werden können. Die P-Klassifikationen ergeben sich aus den Merkmalen Bevölkerung (population), Person (person), Zeitraum (period), Region (place), Gesundheitsprobleme (problem), Leistungserbringer (provider) und Leistung (procedure). Zwingend herbeizuführen ist eine Abstimmung über Klassifikationsregeln. Das Beispiel der Krankenhausstatistik nach der Bundespflegegesetzverordnung zeigt, daß die Verknüpfbarkeit eines ansonsten thematisch wichtigen Datenkörpers schon durch eine einfache Ad-hoc-Festlegung von Klassengrenzen verhindert werden kann.

Die Forschungsgruppe hat in einer Bestandsaufnahme 276 Datenquellen auf ihre Eignung für eine Basisberichterstattung untersucht. Inhaltliche Defizite wurden in erster Linie bei den Themen »Gesundheitszustand der Bevölkerung« und »Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitswesens« festgestellt. Methodische Defizite betreffen vor allem die mangelnde Verknüpfbarkeit von Indikatoren des Versorgungsgeschehens mit soziodemographischen Merkmalen.

#### **Weiterentwicklung der Gesundheitsberichterstattung**

Die schwierigste Aufgabe der Indikatoren-schaffung stellt sich bei Indikatoren des Gesundheitszustands. Die bisher hauptsächlich zu Zwecken des historischen und interregionalen Vergleichs herangezogenen Indikatoren der Lebenserwartung und Mortalität verlieren in vielen entwickelten Ländern an Trennschärfe, weil sich die Lebenserwartung immer mehr der erreichbaren Lebensdauer annähert. Demgegenüber gewinnen Indikatoren der Morbidität, aber auch der Krankheitsfolgen, der subjektiven Beeinträchtigung durch Krankheit und der Lebensqualität an Bedeutung. Die Entwicklung von langfristig relevanten, validen und reliablen Indikatoren für diese Merkmale des Gesundheitszustands wird deshalb eine wichtige Aufgabe beim

Aufbau der Gesundheitsberichterstattung sein.

Die Erfahrungen der Konzeptphase zeigen, daß es in der Bundesrepublik Deutschland kein Institut gibt, in dem das für den Aufbau der Gesundheitsberichterstattung erforderliche Erfahrungswissen an einem Platz vorhanden ist. Die Forschungsgruppe Gesundheitsberichterstattung hat deswegen anstelle des Aufbaus einer zentralen Einrichtung zur Erledigung aller Aufgaben eine arbeitsteilige Organisation der Gesundheitsberichterstattung vorgeschlagen.

Nach Diskussion in den beteiligten Bundesministerien scheint dieser Vorschlag akzeptiert worden zu sein, wobei dem Statistischen Bundesamt die Rolle der zentralen Abwicklung zugeordnet werden soll. Die Einigung der Bundesministerien auf einen neuen Forschungsschwerpunkt Gesundheitsberichterstattung stellt eine notwendige Voraussetzung für deren Aufbau dar.

*Josef Georg Brecht  
Institut für Gesundheits-  
System-Forschung, Kiel  
(Tel. 0431/389520)*

ten kognitive Ziele der Wissensvermittlung: »vielseitiges Wissen« und »Kenntnisse für den Beruf«. Von den verbleibenden, stärker auf die eigentliche Erziehung ausgerichteten Zielwerten, bringen drei eine auf soziale Einfügung zielende Tendenz zum Ausdruck: »Ordnung und Disziplin«, »gute Umgangsformen« und »Achtung vor den Mitmenschen«. Mit drei weiteren Stichworten wird die Förderung der individuellen Autonomie angesprochen: »persönliche Selbständigkeit«, »eigene Urteilsfähigkeit« und »sicheres Selbstbewußtsein«. Der letzte Zielwert »Lebensfreude« schließlich fällt etwas aus der Reihe, da mit ihm ein stärker hedonistisch gefärbter Aspekt angeführt wird.

**»Vielseitiges Wissen« an erster, »Lebensfreude« an letzter Stelle**

Tabelle 1 kann entnommen werden, daß nach den Vorstellungen der Bevölkerung in der Schule primär »vielseitiges Wissen« vermittelt werden soll. Knapp 60 Prozent der Befragten betrachten dies als eine der drei wichtigsten Aufgaben der Schule. Rang zwei und drei belegen Zielwerte, die auf die Förderung der persönlichen Selbstbestimmung ausgerichtet sind: »persönliche Selbständigkeit« (50%) und »eigene Urteilsfähigkeit« (43%). Auf dieses Spitzentrio folgen vier Stichworte, die von jeweils ca. 30 Prozent der Befragten als Ziele für die Schule gefordert werden. Es sind die beiden kollektiv-orientierten Werte »Ordnung und Disziplin« und »Achtung vor den Mitmenschen«, der kognitive Zielwert »Kenntnisse für den Beruf« und das selbst-orientierte Ziel »sicheres Selbstbewußtsein«. Die beiden letzten Plätze nehmen in deutlichem Abstand die »guten Umgangsformen« und die »Lebensfreude« mit 16 bzw. 14 Prozent ein.

## Von »Ordnung und Disziplin« zu »persönlicher Selbständigkeit«

### Schulische Erziehungsziele im Wandel

**In modernen Gesellschaften hat neben der Familie oder der Gleichaltrigen-Gruppe insbesondere die Schule die Aufgabe, in Heranwachsenden jene Qualifikationen und Orientierungen zu erzeugen, ohne die Individuen nicht handlungsfähig und die Gesellschaft nicht funktionsfähig wäre. Im Schulalltag dominant und sichtbar ist dabei primär die Ausbildungsfunktion: die Schüler sollen fachspezifische Kenntnisse und Fertigkeiten erwerben. Die im eigentlichen Sinne erzieherischen Prozesse dagegen sind weniger stark institutionalisiert und normiert und laufen häufig für die Beteiligten unbewußt ab. Dennoch gehen auch von diesen eher latenten Prozessen erzieherische Wirkungen im Sinne der Vermittlung fachübergreifender Kompetenzen und Wertorientierungen aus.**

Im folgenden wird der Frage nachgegangen, welche Lehr- und Erziehungsziele die Schule nach Meinung der Bevölkerung verfolgen sollte. Anhand von Umfragedaten wird zum einen ermittelt, wie die Vorstellungen über wünschenswerte Lehr- und Erziehungsziele in der Bevölkerung insgesamt sowie in einzelnen Bevölkerungsgruppen aussehen. Zum anderen wird dargestellt, wie sich die Bildungsvorstellungen im Zeitraum von 1958 bis 1986 verändert haben.

Die Datenbasis der Analysen bilden die Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) 1986 sowie drei weitere repräsentative Bevölkerungsumfragen aus den Jahren 1958, 1973 und 1979. Zur Ermittlung der Aufgaben der Schule wurde gefragt, was Kindern in der Schule ganz allgemein vermittelt werden sollte. Als Antwort sollten aus einem Inventar von neun Zielwerten die drei wichtigsten ausgewählt werden. Zwei der neun Punkte beinhal-

Insgesamt ergibt sich damit, daß nach Meinung der Bevölkerung die Ausbildungsfunktion der Schule vorrangig in der Vermittlung einer breiten Allgemeinbildung, weniger dagegen in der Vermittlung direkt berufsbezogener Kenntnisse bestehen sollte. Was die Erziehungsaufgabe betrifft, wird von der Schule stärker eine Förderung der auf persönliche Autonomie zielenden Orientierungen als der auf Konformität mit äußeren Anforderungen ausgerichteten Werte gewünscht.

Tabelle 1: Zielwerte für die Schule im Jahr 1986

	Rang- platz	%
<b>Kognitive Ziele</b>		
Vielseitiges Wissen	1	58,5
Kenntnisse für den Beruf	6	27,6
<b>Kollektiv-orientierte Ziele</b>		
Ordnung und Disziplin	4	32,4
Gute Umgangsformen	8	16,2
Achtung vor den Mitmenschen	5	30,9
<b>Selbst-orientierte Ziele</b>		
Persönliche Selbständigkeit	2	50,2
Eigene Urteilsfähigkeit	3	43,0
Sicheres Selbstbewußtsein	7	27,2
Lebensfreude	9	14,0

Frage:

Was sollten Ihrer Meinung nach die Kinder auf der Schule ganz allgemein mitbekommen?

Lesen Sie bitte einmal alle Punkte auf dieser Liste durch.

Bitte wählen Sie aus diesen Möglichkeiten die drei Punkte aus, die Ihnen am wichtigsten erscheinen.

Befragte n = 3095

Datenbasis: ALLBUS 1986

Disziplin« und »guten Umgangsformen« von der Schule erwartet, umso häufiger jedoch die Erziehung zu »persönlicher Selbständigkeit« und »eigener Urteilsfähigkeit«. Während letztere nur von jedem dritten Befragten mit Hauptschulabschluß als vordringliches Ziel genannt wird, tun dies von den Personen mit Abitur doppelt so viele — nämlich 66 Prozent. Auch in der Gewichtung der beiden kognitiven Zielwerte unterscheiden sich die Bildungsgruppen. Je höher der Bildungsabschluß, umso weniger wird die Vermittlung direkt berufsbezogener Kenntnisse von der Schule gefordert, während umgekehrt »vielseitiges Wissen« von Personen mit Hauptschulabschluß seltener genannt wird als von Personen mit weiterführender Bildung.

Diese Ergebnisse verweisen auf schichtspezifische Unterschiede in Erziehungsvorstellungen und -verhalten. Sie können zum Teil daraus resultieren, daß die Befragten ihre eigenen — je nach besuchtem Schultyp unterschiedlichen — schulischen Erfahrungen als normativen Anspruch an die Schule formulieren. Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen dem Bildungsabschluß und der Stellung von Personen im Erwerbsleben ist es jedoch auch möglich, daß die Befragten die für ihre eigene berufliche Position funktionalen Kenntnisse und Werte von der Schule vorrangig gefördert sehen möchten.

Daß der Arbeitskontext die Präferenzen für die schulischen Zielwerte beeinflusst, zeigt die Differenzierung der erwerbstätigen Befragten nach der beruflichen Stellung. Ein ganz unterschiedliches Antwortverhalten läßt sich hier insbesondere zwischen den auf den unteren Stufen der betrieblichen Hierarchie stehenden un- und angelernten Arbeitern einerseits und den auf den oberen Rängen angesiedelten höheren Angestellten und Beamten andererseits feststellen. Während un- und angelernte Arbeiter überdurchschnittlich oft »Kenntnisse für den Beruf«, »gute Umgangsformen« und »Ordnung und Disziplin«, unterdurchschnittlich dagegen »vielseitiges Wissen«, »persönliche Selbständigkeit« und »eigene Urteilsfähigkeit« nennen, ist dieses Verhältnis bei den höheren Angestellten und Beamten genau umgekehrt. Beide Personengruppen heben damit weitgehend die Kenntnisse und Werte hervor,

### Alter, Bildung und berufliche Stellung beeinflussen die Präferenzen für die schulischen Zielwerte

Analysieren wir im folgenden, ob über diese Aufgabenzuschreibung an die Schule Konsens in der Bevölkerung herrscht oder ob sich verschiedene Bevölkerungsgruppen in der Gewichtung der Zielwerte für die Schule unterscheiden. Wie Tabelle 2 deutlich macht, spielen das Alter, die Bildung, die berufliche Stellung und die politischen Orientierungen der Befragten eine Rolle bei der Beurteilung der schulischen Zielwerte. Anzumerken ist vorweg, daß die dargestellten bivariaten Zusammenhänge in der Regel auch dann bestehen bleiben, wenn der Einfluß der anderen Merkmale kontrolliert wird.

Vom Alter der Befragten ist abhängig, welche Bedeutung der Erziehung zur Außen- bzw. Selbststeuerung beigemessen wird. Von den jüngeren Befragten

werden alle drei selbst-orientierten Ziele häufiger, die drei kollektiv-orientierten Werte dagegen seltener als von den älteren genannt. Während von den 18-34-jährigen beispielsweise nur jeder fünfte die Vermittlung von »Ordnung und Disziplin« zu den drei wichtigsten Zwecken der Schule zählt, macht dies bei den 55 Jahre und älteren beinahe jeder zweite. Es ist zu vermuten, daß diese Unterschiede nicht vorrangig darauf zurückzuführen sind, daß Personen mit zunehmendem Alter »konservativere« Einstellungen entwickeln, sondern vielmehr aus den unterschiedlichen Erfahrungen resultieren, die die verschiedenen Generationen während der prägenden Jahre ihrer Kindheit und Jugend gemacht haben.

Neben dem Alter ist auch die Bildung der Befragten für die Beurteilung der Mehrzahl der Zielwerte von Bedeutung. Je höher der Bildungsabschluß, umso weniger wird die Vermittlung von »Ordnung und

Tabelle 2: Zielwerte für die Schule im Jahr 1986 in verschiedenen Bevölkerungsgruppen \*

	Kognitive Ziele		Kollektiv-orientierte Ziele			Selbst-orientierte Ziele			
	Vielseitiges Wissen %	Kenntnisse für den Beruf %	Ordnung und Disziplin %	Gute Umgangsformen %	Achtung vor den Mitmenschen %	Persönl. Selbständigkeit %	Eigene Urteilsfähigkeit %	Sicheres Selbstbewußtsein %	Lebensfreude %
<b>Alter</b>									
18 - 34 Jahre			18,4	8,4	26,9	58,1	54,6	32,2	
35 - 54 Jahre			31,9	13,3	29,4	51,1	41,7	28,2	
55 Jahre u. älter			47,7	27,6	36,8	40,9	32,3	20,6	
<b>Bildung</b>									
bis Hauptschulabschluß	54,4	32,8	39,9	21,4		45,9	33,0		
Realschulabschluß	63,9	22,6	28,1	12,2		55,1	49,6		
Fachhochschulreife/Abitur	64,5	17,6	14,1	5,0		57,6	66,0		
<b>Berufliche Stellung</b>									
un-, angelernte Arbeiter	51,0	37,2	46,9	17,2		35,2	26,2		
Facharbeiter, Meister	59,9	28,1	32,5	16,4		55,8	36,3		
niedrige Angestellte u. Beamte	60,8	25,8	26,3	12,9		53,0	48,5		
höhere Angestellte u. Beamte	64,2	15,9	19,6	6,3		57,4	61,6		
Selbständige, freie Berufe	68,9	28,0	28,8	9,8		50,0	49,2		
<b>Inglehart-Index</b>									
Materialisten	51,6	36,1	51,6	26,5		43,5	24,4		
Mischtypen	58,9	28,5	35,8	17,9		48,8	38,4		
Postmaterialisten	62,1	19,8	12,2	5,4		58,0	65,4		

\* Ausgewiesen werden nur signifikante Unterschiede mit einer Differenz von mindestens 10 Prozentpunkten. Befragte n = 3095.

Datenbasis: ALLBUS 1986

die für den jeweiligen Arbeitskontext funktional sind. Auf den höheren Stufen der betrieblichen Hierarchie sind die Gestaltungsspielräume, aber auch der Zwang, eigenverantwortlich bestimmte Entscheidungen zu treffen, groß. Eigenschaften wie »eigene Urteilsfähigkeit« oder die Verfügung über »vielseitiges Wissen« stellen Voraussetzungen dar, um diesen Anforderungen gerecht werden zu können. Umgekehrt sind auf den unteren hierarchischen Positionen die Handlungsspielräume geringer, gefordert ist hier die Anpassung an externe Vorgaben, »Ordnung und Disziplin« ist in diesem Zusammenhang ein sinnvolles Orientierungsmuster.

#### Zusammenhang zwischen gesellschaftlichen Zielvorstellungen und schulischen Erziehungswerten

Wie die Ergebnisse für die Klassifizierung der Befragten nach dem sogenann-

ten »Inglehart-Index« — einem in der empirischen Werteforschung prominenten Indikator zur Messung »materialistischer« versus »postmaterialistischer« Orientierungen — zeigen, sind die Einstellungen zu den schulischen Zielwerten jedoch nicht allein von »objektiven« Merkmalen wie Alter, Bildung und beruflicher Stellung abhängig, sondern stehen auch mit den allgemeinen Wertorientierungen der Befragten in Zusammenhang.

Zur Bildung des »Inglehart-Index« werden die Prioritäten ermittelt, die Personen vier politischen Zielen zumessen. Personen, für die »Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in diesem Land« und »Kampf gegen steigende Preise« am wichtigsten sind, werden als Materialisten eingestuft; Personen, für die »mehr Einfluß der Bürger auf die Entscheidungen der Regierung« und »Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung« die

erste und zweite Priorität einnehmen, als Postmaterialisten. Personen mit anderen Kombinationen der vier Ziele haben im Sinne dieser Indexbildung keine einheitliche Prioritätensetzung und werden daher als »Mischtypen« bezeichnet.

Die solcherart differenzierten Personengruppen unterscheiden sich besonders gravierend im Hinblick auf die Werte »eigene Urteilsfähigkeit« und »Ordnung und Disziplin«. 65 Prozent der Postmaterialisten, aber nur 24 Prozent der Materialisten zählen »eigene Urteilsfähigkeit« zu den drei wichtigsten Erziehungszielen der Schule; umgekehrt nennen nur 12 Prozent der Postmaterialisten, aber 52 Prozent der Materialisten »Ordnung und Disziplin«. Dieses Ergebnis macht deutlich, daß zwischen den Vorstellungen über wünschenswerte gesamtgesellschaftliche Zustände und den präferierten Erziehungszielen für Kinder ein Zusammenhang besteht: Wer Ruhe und Ord-

nung als vordringliches Politikziel sieht, möchte folgerichtig auch, daß Kindern »Ordnung und Disziplin« in der Schule vermittelt werden.

**Erhebliche Gewichtsverschiebung zwischen kollektiv- und selbst-orientierten Werten**

Wenden wir uns nun der Frage zu, wie sich die Präferenzen der Bevölkerung hinsichtlich der Lehr- und Erziehungsziele der Schule in den vergangenen 30 Jahren verändert haben. Zwei Entwicklungen legen es nahe, daß in diesem Zeitraum ein Wandel stattgefunden haben könnte. Zu nennen ist hier zum einen der empirisch gut belegte Wertewandel, der — je nach Forschungsrichtung — als seit Beginn der 70er Jahre einsetzender Rückgang materialistischer und Zunahme postmaterialistischer Orientierungen bzw. als — zwischen Mitte der 60er und Mitte/Ende der 70er Jahre zu verzeichnender — Wandel weg von Pflicht- und Akzeptanz- und hin zu Selbstentfaltungswerten konstatiert wird. Zum anderen ist zu berücksichtigen, daß in dem betrachteten Zeitraum auch das Bildungssystem selbst starken Veränderungen unterworfen war. Mit dem Schlagwort der »Bildungsexpansion« wird der Sachverhalt bezeichnet, daß in diesem Zeitraum insbesondere eine Erhöhung des Bildungsniveaus stattgefunden hat. So hat sich zwischen 1960 und 1984 der Anteil der Abiturienten an den Schulabgängern verdreifacht. Es ist zu vermuten, daß mit diesen Veränderungen auch ein Wandel der Bildungsvorstellungen einhergeht.

Mit den Angaben über die präferierten schulischen Erziehungsziele im Jahr 1958 liegen Informationen für einen Zeitpunkt vor, der vor dem Beginn der oben angesprochenen Wandlungsprozesse liegt. Wie Tabelle 3 entnommen werden kann, unterscheiden sich die Werte für diesen ersten Meßzeitpunkt ganz erheblich von den letzten Zahlen für das Jahr 1986. Anders als in allen darauffolgenden Jahren wird 1958 nicht die Ausbildungsfunktion der Schule an erster Stelle genannt, sondern mit »Ordnung und Disziplin« das Stichwort, das am ehesten eine autoritäre Erziehungsgesinnung, eine Forderung nach Unterordnung und Gehorsam in einem hierarchischen System zum Ausdruck bringt. Auch die zweit-

**Tabelle 3: Zielwerte für die Schule in den Jahren 1958, 1973, 1979 und 1986**

	1958 %	1973 %	1979 %	1986 %
<b>Kognitive Ziele</b>				
Vielseitiges Wissen	44,2	56,1	71,3	58,5
Kenntnisse für den Beruf	35,0	42,2	41,7	27,6
<b>Kollektiv-orientierte Ziele</b>				
Ordnung und Disziplin	60,1	30,5	30,6	32,4
Gute Umgangsformen	33,8	26,2	14,4	16,2
Achtung vor den Mitmenschen	50,5	32,5	24,7	30,9
<b>Selbst-orientierte Ziele</b>				
Persönliche Selbständigkeit	34,4	38,5	41,4	50,2
Eigene Urteilsfähigkeit	16,0	40,7	43,6	43,0
Sicheres Selbstbewußtsein	14,0	23,1	23,0	27,2
Lebensfreude	11,9	10,2	9,3	14,0

Datenbasis: Soziologisches Seminar der Universität Göttingen 1958: »Bildungserwartungen und Wissensinteressen«, n = 1850.  
 W. Schulenberg 1973: »Soziale Faktoren der Lerneinstellung Erwachsener«, n = 4150.  
 H. Meulemann 1979: »ZUMABUS 4«, n = 2007.  
 ALLBUS 1986, n = 3095.

häufigste Nennung betrifft einen kollektiv-orientierten Wert, nämlich »Achtung vor den Mitmenschen«. Die Ausbildungsfunktion der Schule liegt mit der Vermittlung »vielseitigen Wissens« und »Kenntnissen für den Beruf« an dritter bzw. vierter Stelle. Geringe Priorität wird den Zielen beigemessen, in denen die Förderung der persönlichen Selbstbestimmung angesprochen wird: »Persönliche Selbständigkeit«, »eigene Urteilsfähigkeit« und »sicheres Selbstbewußtsein« nehmen untere Rangplätze ein. An letzter Stelle liegt — wie auch in den folgenden Jahren — der Wert »Lebensfreude«.

Für die drei Gruppen der kognitiven, kollektiv- bzw. selbst-orientierten Ziele lassen sich im Zeitablauf erhebliche Veränderungen feststellen. Beide kognitiven Zielwerte nehmen zwischen 1958 und 1973 zu, »vielseitiges Wissen« auch noch zwischen 1973 und 1979. Nach 1979 schlägt diese Entwicklung um, beide Nennungen gehen um 13 bzw. 14 Prozentpunkte zurück. Diese Bewegung verläuft in etwa parallel zu den Veränderungen im Bildungswesen: Während der Bildungsexpansion Mitte der 60er Jahre bis Ende der 70er Jahre ist eine Zunahme

der Bedeutung kognitiver Zielwerte für die Schule zu verzeichnen. Die Dämpfung der Reformeuphorie bzw. die teilweise Rücknahme von Reformen seit Beginn der 80er Jahre geht einher mit einer geringeren Wertigkeit der kognitiven schulischen Zielwerte.

Bei den die Erziehungsfunktion betreffenden Stichworten ist ein gegensätzlicher Trend zwischen kollektiv- und selbst-orientierten Werten zu beobachten. Die Nennung aller drei auf die Anpassung an äußere Vorgaben gerichteten Ziele geht im Zeitablauf stark zurück. Zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten ist lediglich einmal eine Zunahme zu verzeichnen, und zwar für »Achtung vor den Mitmenschen« zwischen 1979 und 1986. Das mag damit zusammenhängen, daß dieses Stichwort am ehesten von den drei außenorientierten Zielwerten offen ist für eine nicht-autoritäre Deutung, z.B. im Sinne der Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Betrachtet man nur den Anfangs- und den Endpunkt der Entwicklung, dann hat sich in dem untersuchten Zeitraum die Bedeutung der kollektiv-orientierten Werte halbiert: Während im Jahr 1958 knapp 50 Prozent aller Nennungen auf

sie entfallen, sind es im Jahr 1986 nur noch etwas mehr als 26 Prozent.

Im Gegenzug dazu wird den drei Werten, mit denen die Förderung der individuellen Autonomie angesprochen wird, im Zeitablauf immer größere Priorität als schulischen Erziehungszielen beigemessen. Entfallen 1958 nur 21 Prozent aller Nennungen auf »persönliche Selbständigkeit«, »eigene Urteilsfähigkeit« und »sicheres Selbstbewußtsein«, sind es 1986 fast doppelt so viele, nämlich 40 Prozent. Diese Gewichtsverschiebung zwischen kollektiv-orientierten Werten einerseits und selbst-orientierten andererseits bestätigt damit auch für die präferierten schulischen Erziehungsziele eine Entwicklungstendenz, die in der oben angeführten These vom Wandel weg von Pflicht- und Akzeptanz-, hin zu Selbstentfaltungswerten zum Ausdruck gebracht wurde.

Analysiert man eingehender, in welcher Form dieser tiefgreifende Wandel abgelaufen ist, dann erhält man als Ergebnis, daß nicht primär der generationale Wandel — das »Nachwachsen« einer neuen Generation mit anderen Einstellungen — für die Veränderungen in den präferierten schulischen Zielwerten verantwortlich ist. Zu verzeichnen ist vielmehr ein individueller Einstellungswandel, der sämtliche Generationen — wenngleich mitunter verschieden stark ausgeprägt — erfaßt. Auch die naheliegende Hypothese, daß die Anhebung des Bildungsniveaus die Hauptursache für die festgestellten Veränderungen sein könnte, läßt sich nicht bestätigen, da sowohl Personen mit Realschulabschluß oder Abitur als auch Personen mit Hauptschulabschluß an der Entwicklung partizipieren. Damit läßt sich in den vergangenen 30 Jahren ein allgemeiner Trend in der Bevölkerung feststellen, von der Schule weniger einen Beitrag zur Förderung von Konformitätsorientierungen als zur Stärkung der individuellen Autonomie zu erwarten. Angesichts der zunehmenden Anforderungen, die in modernen Gesellschaften an die Selbststeuerungsfähigkeit von Individuen gerichtet werden, ist dieser Anspruch an die Schule sicherlich positiv zu werten.

*Achim Koch*  
(Tel. 0621/18004-47)

## ITALY TODAY 1988

### Ein italienischer Beitrag zur Sozialberichterstattung

Vor kurzem erschienen ist die fünfte Ausgabe von »Italy Today — Social Picture and Trends 1988«, die das Centro Studi Investimenti Sociali (CENSIS) seit 1984 publiziert. Es handelt sich bei dieser Veröffentlichung um die Zusammenfassung eines Reports über die soziale Situation in Italien, den das »Zentrum für soziale Studien und Investitionen« in Rom seit 1967 in ununterbrochener Reihenfolge jährlich vorlegt. Ziel von »Italy Today« ist es hauptsächlich, die wichtigsten Ergebnisse dieses italienischen Sozialreports international zu verbreiten und auf diese Weise den Report auch außerhalb Italiens bekannt zu machen.

»Italy Today 1988« ist — wie auch alle früheren Ausgaben — in drei Kapitel untergliedert. Das einführende Kapitel enthält eine allgemeine Darstellung der sozialen Situation in Italien. Die Herausgeber bezeichnen es selbst als ein »Fenster«, durch das man auf die grundlegenden sozialen Entwicklungen und die daraus resultierenden gesellschaftlichen Reaktionen blickt. Im zweiten Kapitel werden dann spezifische Trends in Kultur und Gesellschaft angesprochen, die auf die bedeutsamsten Aspekte des gesellschaftlichen Wandels hinweisen.

Die aktuellen Veränderungen in verschiedenen Bereichen werden im dritten Kapitel detailliert erläutert und durch zahlreiche Tabellen auch empirisch dokumentiert. Die Aufmerksamkeit gilt dabei insbesondere den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit und soziale Sicherung, Wohnungswesen und Regionalplanung sowie öffentliche Verwaltung und Dienstleistungen:

Das italienische Bildungssystem wird als eine Welt voller Paradoxien charakterisiert. Auf dem Arbeitsmarkt wird ein neuer Beschäftigungsaufschwung konstatiert. Im Gesundheitssystem ist eine Vertrauenskrise der traditionellen Institutionen und Strukturen festzustellen. Wohnungsbau und Stadtentwicklung

seien in Italien mehr denn je von einem erfolgreichen Zusammenwirken öffentlicher und privater Investoren abhängig. Die Wohlfahrtsbeiträge der öffentlichen Verwaltung werden als wenig effizient kritisiert.

In einem umfangreichen Anhang werden die empirischen Informationen noch erweitert und vertieft. Außerdem enthält der Anhang einen historischen Abriss über die verschiedenen Schwerpunkte, die bei der Darstellung der sozialen Situation in Italien in den jährlichen Reports seit 1967 jeweils im Vordergrund standen.

Centro Studi Investimenti Sociali: Italy Today - Social Picture and Trends 1988. Rom 1989. 233 Seiten, Lit. 35.000

*Erich Wiegand*  
(Tel. 0621/18004-15)

**Die Kartei der Sektion Sozialindikatoren in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie wird aktualisiert. Alle Interessenten an den Mitteilungen und Aktivitäten der Sektion wenden sich bitte mit ihrer Adresse an:**

**Prof. Dr. Wolfgang Glatzer**  
**Im Rothkopf 8**  
**6370 Oberursel**

# Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur

## Jahrestagung der Sektion Soziale Indikatoren

Das Thema »Entwicklungstendenzen der Sozialstruktur« wurde mit der Absicht gewählt, die kontroversen Thesen zum sozialstrukturellen Wandel in der modernen Gesellschaft aus der Perspektive der Sozialindikatorenforschung zu prüfen und zu diskutieren. Beachtung fanden vor allem die Behauptungen über sozialstrukturelle Differenzierungs- und Individualisierungsprozesse. In elf Referaten wurden sehr unterschiedliche sozialstrukturelle Ansätze und Befunde zur Diskussion gestellt. Die Veranstaltung fand Ende Februar in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe »Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse« in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Oberreifenberg statt.

Die ersten beiden Referenten stellten neuere Konzepte der Sozialstrukturanalyse vor: Stefan Hradil begann mit dem Konzept »Soziale Milieus«, Hartmut Lüdtke ging auf den Wandel der »Lebensstile« ein. Im Unterschied zu »Schicht« und »Klasse« beinhalten diese Konzepte zweifellos eine größere Differenziertheit, aber ihre empirische Umsetzung wurde in der Diskussion kontrovers beurteilt.

Die anschließenden Vorträge betrafen ausgewählte Dimensionen der sozialstrukturellen Entwicklung: Im Referat von Charlotte Höhn/Reiner Schulz (Wiesbaden) wurden Zusammenhänge von soziodemographischen Entwicklungen und gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen thematisiert. Heiner Meulemann (Bochum) ging auf den Wandel der Bildungsstruktur und ihre Folgen für die soziale Ungleichheit ein. Roland Habich und Wolfgang Seifert (Berlin) behandelten Prozesse der Differenzierung und Segregation der Berufsstruktur. Der Beitrag von Stefan Weick und Heinz-Herbert Noll (Mannheim) befaßte sich mit dem Wandel in der Familienbildung, insbesondere der Ablösung der Heranwachsenden aus dem Elternhaus.

Problem- und Konfliktbereiche sozialer Ungleichheit wurden in den weiteren Referaten zur Debatte gestellt. Ilona Ostner (Bremen) betrachtete den Geschlechterkonflikt in seiner Wechselbeziehung zu sozialer Differenzierung. Lutz Leisering und Michael Zwick (Bremen) gingen auf das Armutsproblem ein und stellten dabei die Heterogenität der Armutsbevölkerung und die damit verbundenen unterschiedlichen Chancen, Armut zu entkommen, in den Vordergrund. Der Vortrag von Dieter Holtmann (Duisburg) behandelte die Ausdifferenzierung von Handlungsressourcen.

Die beiden letzten Vorträge hatten Verlaufsanalysen von sozialstrukturellen Prozessen zum Gegenstand. Peter Berger

(Bamberg) ging es theoretisch und empirisch um das Verhältnis von Stabilität und Fluktuation in der Sozialstruktur. Karl Ulrich Mayer (Berlin) behandelte zum Abschluß die Bedeutung von Lebenschancen und Mobilitätsprozessen im Lebensverlauf, insbesondere aus der Kohortenperspektive.

Die Diskussionen, in denen das Nebeneinander von Ansätzen, Positionen und Befunden ihren Ausdruck fand, führte erwartungsgemäß zu keinem wissenschaftlichen Konsens. Die Schwierigkeiten einer empirischen Prüfung theoretischer Konzepte und Hypothesen werden oft unterschätzt, sei es weil die empirische Datenlage unzureichend ist oder sich manche Aspekte theoretischer Ansätze einer strengen Prüfung entziehen. Das Thema des sozialstrukturellen Wandels soll auf den Sektionsveranstaltungen beim Frankfurter Soziologentag am 10. und 11. Oktober weiter behandelt werden.

*Wolfgang Glatzer*  
J. W. Goethe-Universität Frankfurt  
(Tel.: 069 / 798-3584)

## Indikatoren der Zeitverwendung

### Workshop der Abteilung Soziale Indikatoren 8. bis 9. November 1990

Mit dem Umfang freigestaltbarer Zeit nimmt auch das Interesse an aussagekräftigen und repräsentativen Informationen über die Zeitverwendung zu. Ziel der Veranstaltung »Indikatoren der Zeitverwendung« ist es, einen Überblick über den aktuellen Stand der Zeitbudget- und empirischen Freizeitforschung zu geben und zu erörtern, wie Methoden und Ergebnisse dieser Forschungsrichtung für die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung genutzt werden können. Dazu wurden Experten aus der empirischen Sozialforschung und amtlichen Statistik eingeladen. Es sollen Ansätze und Ergebnisse einschlägiger Forschungsprojekte und Zeitbudgetstudien aus der Bundesrepublik, der DDR und Großbritannien präsentiert sowie das Programm und Instrumentarium der für 1992 geplanten Zeitbudgeterhebung des Statistischen Bundesamtes vorgestellt werden. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Workshops beabsichtigt die Abteilung Soziale Indikatoren, ihr Indikatorensystem um den Bereich »Freizeit und Zeitverwendung« zu erweitern.

Interessenten werden gebeten, sich bis zum 31. Juli 1990 bei ZUMA, Tagungssekretariat, anzumelden. Für die Teilnahme wird ein Beitrag von DM 60,- erhoben. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Die Veranstaltung wird von Heinz-Herbert Noll und Stefan Weick betreut.

## Interessante Neuerscheinungen

### Publikationen zur Sozialberichterstattung und Lebensqualität

- Björk, S., Vang, J. (Hrsg.): *Assessing Quality of Life*. Linköping (Sweden) 1989.
- Busch, E.-W.: *Entwicklung der Lebensqualität in der Schweiz, 1978-1987. Ergebnisse der Rekrutenbefragung 1987 und 1978*. Sauerländer Aarau Verlag, Frankfurt/Salzburg 1988.
- Coates, J. F., Jarrat, J.: *What Futurists Believe*. Lomond Publications, Mt. Airy (USA) 1989.
- Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (Hrsg.): *Wohngeld und Mietenbericht 1989*.
- Der Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit (Hrsg.): *Achter Jugendbericht. Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe*. Bonn 1990.
- Der Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): *Faktenbericht 1990 zum Bundesbericht Forschung 1988*. Bonn 1990.
- Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW (Hrsg.): *Arbeitszeit '89. Ein Report zu Arbeitszeiten und Arbeitszeitwünschen in der Bundesrepublik*. Düsseldorf 1989.
- Esser, H., Grohmann, H., Müller, W., Schäffer, K.-A.: *Mikrozensus im Wandel. Untersuchungen und Empfehlungen zur inhaltlichen und methodischen Gestaltung*. Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Metzler-Poeschel, Stuttgart 1989.
- Groenland, E.: *Socio-Economic Well-Being and Behavioral Reactions. A Panel Study of People drawing Benefits from the Dutch National Security System*. Tilburg University Press 1989.
- Hölder, E. (Hrsg.): *Im Zug der Zeit. Ein Bilderbogen durch vier Jahrzehnte*. Metzler-Poeschel, Stuttgart 1989.
- Innes, J. E.: *Knowledge and Public Policy. The Search for Meaningful Indicators*. Transaction Publishers, New Brunswick (USA)/London (UK) 1989.
- Institut National de la Statistique et des Etudes Economiques (Hrsg.): *Donées Sociales 1990*. Imprimerie Nationale, Paris 1990.
- Leipert, C.: *Die heimlichen Kosten des Fortschritts. Wie Umweltzerstörung das Wirtschaftswachstum fördert*. Fischer-Verlag 1989.
- Leipert, C., Zieschank, R. (Hrsg.): *Perspektiven der Umwelt- und Sozialberichterstattung*. Edition Sigma, West-Berlin 1989.
- Levy, F.: *Dollars and Dreams. The Changing American Income Distribution*. Russel Sage Foundation, New York 1987.
- Mermet, G.: *Francoscopie. Les Francais: Qui sint-ils? Oü vont-ils?* Larrousse, Paris 1989.
- Michalos, A. C.: *Militarism and the Quality of Life*. Canadian Papers in Peace Studies. 1989 Number 1. Toronto 1989.
- Müller, G. P.: *Comparative World Data. A Statistical Handbook for Social Science*. Campus Verlag, Frankfurt 1988.
- National Center for Health Statistics: *Health United States 1989*. Public Health Service, Hyattsville, Maryland 1990.
- OECD (Hrsg.): *Main Science and Technology Indicators. Vol. 1-2/1982-88*. Paris 1988.
- OECD (Hrsg.): *The Measurement of Scientific and Technical Activities. R&D Statistics and Output Measurement in the Higher Education Sector*. Paris 1989.
- Russel, C.H., Meegard, I.: *The General Social Survey 1972-1988. The State of the American People*. Berlin 1988.
- Simonis, U. E.: *Beyond Growth. Elements of Sustainable Development*. Edition Sigma, West-Berlin 1990.
- Social and Cultural Planning Office (Hrsg.): *Social and Cultural Report 1988*. The Netherlands. Rijswijk 1989.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hrsg.): *Statistisches Taschenbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1989*. Staatsverlag der DDR, Berlin/DDR 1989.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *DDR 1990, Zahlen und Fakten*. Metzler-Poeschel, Stuttgart 1990.
- The World Bank (Hrsg.): *World Development Report 1989*. Oxford University Press, 1989.
- United Nations, Department of International Economic and Social Affairs (Hrsg.): *Handbook on Social Indicators*. New York 1989.
- U.S. Senate Special Committee on Aging et.al. (Hrsg.): *Aging America. Trends and Projections. 1987-88 Edition*. Washington D.C.
- Vogel, J., Andersson, L. G., Davidson, U., Häll, L.: *Inequality in Sweden. Trends and Current Situation. Living Conditions 1975-1985*. Statistics Sweden, Stockholm 1988.
- Weber, M., Abel, M., Altenhoven, L. et.al. (Hrsg.): *Dringliche Gesundheitsprobleme der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Zahlen, Fakten, Perspektiven*. Nomos Verlag, Baden-Baden 1990.

### Impressum

#### Herausgeber:

Zentrum für Umfragen, Methoden  
und Analysen e.V. (ZUMA)  
Abteilung Soziale Indikatoren  
Postfach 122155  
D-6800 Mannheim 1  
Telefon (0621) 18004-0  
Telefax (0621) 18004-49

#### Verantwortlich für den Inhalt:

Dr. Heinz-Herbert Noll

#### Redaktion:

Erich Wiegand

#### Satz und Druck:

Verlag Pfälzische Post GmbH  
Maximilianstraße 31  
6730 Neustadt/Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;  
Beleg erbeten.

ISSN 0935-218X